

Abg. Hartmann erinnerte an die Anfrage seiner Fraktion vom 11.10.2007 zum Quarzkiesabbau in Bornheim-Rösberg zur Sitzung des Umweltausschusses am 15.10.2007. Wie in seiner Anfrage dargelegt, habe der Regierungspräsident vorgeschlagen, statt des avisierten Abbaugebietes als Konzentrationszone mit Ausschlusswirkung in Weilerswist-Nord Bornheim-Rösberg auszuweisen. Die Stellungnahme der Stadt Bornheim als auch die des Rhein-Sieg-Kreises stünden dem Vorschlag des Regierungspräsidenten entgegen. Er bat um Auskunft, wann mit der Beantwortung seiner Fragen gerechnet werden und welche Maßnahmen der Rhein-Sieg-Kreis derzeit ergreifen könne. In der Zwischenzeit habe der Landschaftsschutzverein Vorgebirge zu einer Bürgerversammlung eingeladen, die am 23.10.2007 in Bornheim stattfinde.

Abg. H. Becker führte aus, dass sich die zuständigen Ausschüsse des Kreistages in der Vergangenheit häufig mit der Frage beschäftigt hätten, wie man eine Konzentrationszone für Quarzkies in Bornheim bzw. im Rhein-Sieg-Kreis verhindern könne. Es sei nicht Aufgabe des Rhein-Sieg-Kreises, über die bereits erfolgte Stellungnahme hinaus schriftlich zu verschiedenen Fragen Stellung zu nehmen, die sich möglicherweise zu einem späteren Zeitpunkt als kontraproduktiv herausstellen könne. Daher rate er von einer weiteren Stellungnahme des Rhein-Sieg-Kreises ab, insbesondere vor dem Hintergrund, dass es schwierig sein dürfte, eine Konzentrationsfläche ohne Beteiligung von Flächen des Rhein-Sieg-Kreises auszuweisen. Er sei der Auffassung, dass offizielle Wertungen, Stellungnahmen u.ä. zum jetzigen Zeitpunkt nicht sinnvoll seien.

Abg. Finke unterstützte die Ausführungen des Abg. H. Becker. Auch er stelle in Frage, ob eine schriftliche Beantwortung bzw. Stellungnahme des Rhein-Sieg-Kreises zu dieser Thematik zum jetzigen Zeitpunkt angezeigt sei. Die Änderung des Regionalplans sei in ein formales Verfahren eingebunden; sobald alle vorbereitenden Schritte durchgeführt seien, werde der Regionalrat die letzte Entscheidung treffen und die Möglichkeit haben, alle dafür bzw. dagegen sprechenden Argumente vorzutragen und zu diskutieren.

Abg. Heuel wies darauf hin, dass im Regionalrat in der Vergangenheit in der Regel eine einvernehmliche Meinung zu Gunsten der an dem Verfahren beteiligten Kommunen zustande gekommen sei. Nachfolgend erinnerte er an die Meinungsbildung der Vertreter des Rhein-Sieg-Kreises im Regionalrat zum Thema „Änderung des Regionalplans zur Ausweisung von Abgrabungsflächen für weißen Quarzkies im Raum Kottenforst/Ville“. Nunmehr habe die Bezirksregierung die Vorschläge zur Änderung des Regionalplanes erarbeitet. Die beteiligten Kommunen seien gebeten worden, zu den Änderungsvorschlägen Stellung zu nehmen. Ungeachtet dessen seien die Mitglieder des Regionalrates gehalten, im Zuge des weiteren Verfahrens ihre eigene Auffassung zu vertreten. Im Übrigen unterstreiche er die Ausführungen des Abg. H. Becker. Es handele sich um ein Verfahren, welches eine ausgesprochen sensible Vorgehensweise erfordere. Auf voreilige Stellungnahmen möge man zu Gunsten der Rechtssicherheit verzichten.

Die Kreisdirektorin hob hervor, dass es zum einen nicht möglich gewesen sei, die Anfrage, die auf einem komplexen Sachverhalt beruhe, kurzfristig zu beantworten. Zum anderen müsse man bei der Beantwortung der Fragen auch die möglichen rechtlich bedeutsamen Konsequenzen berücksichtigen. Sie bitte daher zum Verständnis, dass die Verwaltung sehr sorgfältig und zurückhaltend vorgehen müsse.

Der Landrat bekräftigte dies und wies darauf hin, dass die Überprüfungen der Verwaltung, ob und in welcher Form und in welchem Umfang die Anfrage beantwortet werde, noch nicht abgeschlossen seien.

Abg. Hartmann kritisierte die von den Vorrednern vorgenommene Wertung der Anfrage der SPD-Kreistagsfraktion und erinnerte gleichzeitig an die Vorgehensweise der GRÜNEN im Rat der Stadt Bornheim, durch die letztlich Fakten geschaffen worden seien. Die heutige Wertung und Kommentierung erachte er für unangemessen. Im Übrigen habe die SPD-Kreistagsfraktion in der Anfrage vom 11.10.2007 auf die Möglichkeit hingewiesen, die Anfrage im nichtöffentlichen Teil der Sitzung des Ausschusses zu beantworten.

Abg. Finke betonte, dass in diesem Verfahren weniger schriftlich, sondern mehr gemeinsam vorgegangen werden sollte. Unklarheiten seien zu vermeiden. Stattdessen sei einer möglichst einheitlichen Meinungsbildung der Vertreter des Rhein-Sieg-Kreises im Regionalrat Vorrang einzuräumen.

Abg. H. Becker entgegnete zu den Ausführungen des Abg. Hartmann, dass er es für verwegen erachte, die Anfragen des Ratsmitgliedes Dr. Pacyna im Rat der Stadt Bornheim, der einen unbestrittenen Ruf als Fachmann habe, auf die gleiche Stufe der Anfrage der SPD-Kreistagsfraktion zu stellen. Ferner betrachte er den im Regionalrat eingeschlagenen Weg der SPD-Kreistagsfraktion für kontraproduktiv. Die Haltung und Wertung der SPD-Kreistagsfraktion trage dazu bei, dass die Antragsteller ihre Interessen gerichtlich durchsetzen können. Er erinnere nochmals daran, dass der Rhein-Sieg-Kreis mehrheitlich eine wohl durchdachte Stellungnahme zur Änderung des Regionalplans vor dem Hintergrund der komplizierten Ausgangslage beschlossen habe. Das Vorgehen der SPD-Kreistagsfraktion lasse ihn befürchten, dass es ihr im Zuge des weiteren Verfahrens an der notwendigen Sensibilität mangle.

Abg. Deussen-Dopstadt erinnerte an die Hinweise des Abg. Hartmann auf die morgige Bürgerversammlung des Landschaftsschutzvereins und seine Auffassung, dass eine vorherige Stellungnahme des Rhein-Sieg-Kreises sinnvoll sei. Die Beschlusslage des Rhein-Sieg-Kreises sei bekannt. Aussagen über das weitere Vorgehen seien verzichtbar und auch nicht zielführend.

Abg. Hartmann hob abschließend hervor, dass in der Anfrage der SPD-Kreistagsfraktion, deren Inhalt offensichtlich nicht allen Mitgliedern des Kreisausschusses bekannt sei, nicht eine neue Positionierung des Rhein-Sieg-Kreises erwartet werde. Vielmehr stelle sich die Frage, was zukünftig möglich und angebracht sei. Er verwies nochmals auf die Möglichkeit, dies in nichtöffentlicher Sitzung zu diskutieren. Es sei im Interesse aller, den Quarzkiesabbau zu verhindern; die Wege dorthin seien allerdings unterschiedlich.

Der Landrat betonte nochmals, dass die Verwaltung prüfen werde, ob und in welcher Form eine schriftliche Beantwortung möglich oder ob eine andere Form des Austausches sinnvoll sei.